

genug, aber die türkischen Verhältnisse zu klären. In ihrer Heimat leben sie sehr unter den Räuberhänden der Kurden, mit denen sie ihr Land teilen, einem sehr barbarischen Volk, das zu der Türkei in einem Verhältnis steht wie die Tschetschen, aber durchaus unbarmherzig und ungeliebt ist. Die Armenier sind unter drei Staaten geteilt wie die Polen: ein Teil gehört zur Türkei, einer zu Persien und einer zu Rußland. Die russischen Armenier sind gleichermäßen ein sehr unruhiges Element.

Schon auf dem Berliner Kongress setzte es England durch, daß Armenien gewisse Konzessionen eingeräumt wurden, die die Pforte indessen nicht erfüllt hat. Seit einiger Zeit nun sind die jetzigen Unruhen ausgebrochen, veranlaßt durch englische Aufreizungen, durch Plünderungen der Kurden, die diese teils als einfache Räuber, teils als türkische Soldaten unternommen haben, und durch Bedrückung der armenischen Geschäftsleute in den türkischen Städten.

Sollten sich die türkischen Armenier selbstständig machen, so würde das armenische Selbstbewußtsein natürlich nicht ruhen, bis nicht auch der persische Teil mit ihrem vereinigt wäre, und selbstverständlich würden die Aspirationen auf den russischen Teil gleichfalls erwachen. Das Land würde naturgemäß völlig dem englischen Einfluß unterliegen, da er ja eine beständige Bedrohung Rußlands darstellt. Da es strategisch von höchster Wichtigkeit ist, so wäre das eine nicht hoch genug anzuschätzende Erzeugnis für England.

Es ist verständlich, daß Rußland aus diesen Gründen Armenien gegenüber die traditionelle Christenfreiheitspolitik aufgegeben hatte. Indessen scheint in allerneuester Zeit eine Schwelung stattgefunden zu haben, deren Grund auf eine persönliche Sentimentalität des jungen Zaren zurückzuführen wird und deren Ziel bis jetzt noch nicht ganz klar ist.

Englischer Einfluß hat auch die Unruhen auf Areta vergrößert. Auch hier handelt es sich um Jahrhunderte alte Räuberhorden der christlichen Halbweisen. Bergbewohner gegen die Bauern, zunächst christliche wie türkische, der Tieslande und um Erpressungen der Beamten gegenüber den christlichen Kaufleuten in den Städten. England, das bereits Gibraltar, Malta und Cypern hat, konnte natürlich Areta sehr gut gebrauchen, mag es auch ein selbständiger Staat werden; ferner ist nur der Umstand, daß auch Griechenland auf die stammverwandte Insel spekuliert, da Griechenland unter russischen Einfluß steht, so wäre das ein arger Streich durch die Rechnung, wenn es an Griechenland käme.

Man sieht: es ist eine Unmenge Explosivstoff in der Türkei aufgehäuft, selbst wenn man die Unruhen in Macehonien und Syrien ganz außer acht läßt; rechnet man noch die immer brennender werdende ägyptische Frage dazu, so findet man, daß, objektiv genommen, kaum je die politische Welt in so großer Gefahr gewesen ist. Trotzdem erscheint es fast ausgeschlossen, daß schlimmere Konsequenzen sich ergeben. In früheren Jahren schienen schon weit geringere Ereignisse hinreichend, einen Weltkrieg zu entfachen. Heute hängt eben alles von der Haltung der Dinge in Ästen ab.

Tages-Rundschau.

Dresden, 24. August.

Der diesjährige Parteitag, der laut dem in Breslau gefaßten Beschlusse in Gotha abgehalten wird, ist auf den 11. Oktober einberufen worden. Aus der Veröffentlichung an der Spitze unserer heutigen Nummer ersehen die Parteigenossen, daß wir in Gotha wieder eine wichtige Tagesordnung zu erledigen haben werden. Wir werden die Berichterstattung über den Kongress in London hören und dabei unsere Ansicht über internationale Kongresse überhaupt auszutauschen haben. Diese Kongresse sind durch und durch nicht das, was sie sein sollten und bei anderer Organisation auch sein könnten. Eine Besprechung darüber auf unserem Parteitage ist daher sehr angebracht.

Auch die Frage der Frauenagitation, die ja noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, bedarf einer gründlichen Erörterung.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage der Organisation. Infolge des noch unentschiedenen Prozesses gegen die Berliner Parteioptionen wird sich eine Änderung des Organisationsstatuts notwendig machen.

Auf Grund eines Beschlusses des Parteitages in Breslau, der einem Antrage des 5. Berliner Wahlkreises entsprach, ist die Frage des Proportionalwahlrechts auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages gesetzt worden. Es ist das gewiß eine wichtige und interessante Frage. Wir haben die Forderung des Proportionalwahlrechts in unserem Programm und wenn auch dieser Gegenstand in Broschüren und Zeitschriften mehrfach behandelt worden ist, so hat sich doch noch keine unserer Parteitage direkt und näher damit beschäftigt. Wenn wir also einmal Gelegenheit haben, die Bedeutung des Proportionalwahlrechts auf einem Parteitage zu erörtern und die Meinung der Partei darüber in einer Resolution niederzulegen, so ist das gewiß gut und nützlich. Es wird sich aber gewiß niemand in der Partei darüber täuschen, daß diese Frage gegenwärtig für uns nicht gerade besondere praktische Bedeutung hat. Es ist weit mehr eine Doktorfrage und zur Zeit gar keine Aussicht dafür vorhanden, daß die Einführung dieses Wahlrechts in Deutschland demnächst in den Vordergrund der politischen Erörterungen treten könnte.

Dagegen vermischen wir in der Tagesordnung eine Frage, die augenblicklich für uns außerordentlich aktuell ist: die Gewerkschaftsfrage. Zwar hat der Parteitag in Halle und der in Köln die Frage auch behandelt. Doch das war nicht das, was zu verhandeln uns jetzt wichtig und nötig scheint. In Halle wurde eine Sympathieerklärung beschlossen, in der den Parteigenossen die gewerkschaftliche Tätigkeit

empfohlen wurde, nach demselben Gesichtspunkte auch in Köln beschloßen. Die in Köln über den Gewerkschaftsfrage gefällten Beschlüsse waren demnach das Verkörpern des Referenten Beschlusses, des gewerkschaftlichen Gewerkschaftsorganes, vom perspektivischen Aussehen her, die nicht geeignet waren, etwa föhliche Sympathien zu erwecken. Eine sachliche Erörterung über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung haben wir noch nicht gehabt. Eine Ausdehnung der Gewerkschaften auf den Parteitag scheint uns aber angebracht, der in letzter Zeit von verschiedenen Seiten laut gewordenen Anschauungen von großem Werte zu sein. Ein genügend vorbereitetes Referat von einem geeigneten Referenten und eine gründliche Aussprache über den Gegenstand auf unserem Parteitage würde die Anschauungen über die Aufgaben der Gewerkschaften klären. Es würde aber auch hier zum Ausdruck kommen können, was den Gewerkschaften gegenwärtig not ist und warum sie noch verhältnismäßig wenig leisten. Denn viel wichtiger noch als die Erörterung aller möglichen und unmöglichen Probleme für die Tätigkeit der Gewerkschaften ist uns für deren Stärkung eine ruhige und gründliche, ausdauernde Agitations- und Organisationsarbeit, um ihre Mitglieder zu erhöhen und ihre Kräfte kräftig und mit größtem Ansehen zu versehen zu können. Der Gewerkschaftskongress hat sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Erwarten wir den Gegenstand auf unserem Parteitage und zeigen wir den Gewerkschaften den Weg, auf dem sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben gelangen können.

Unmittelbar auf den Kaiser zurückzuführen sein soll nach einer Meldung der national-liberalen „Oberfelder Zeitung“ die Erklärung des „Reichsanzeigers“. Herr von Lucanus und nicht das Militärkabinett soll die Erklärung des „Reichsanzeigers“ übermittelt haben.

„Im Interesse des Dienstes.“ Das Militärbezirksgericht Würzburg verurteilte, wie bereits kurz mitgeteilt, den Sergeanten Metz des 19. Infanterie-Regiments aus Walling in Bücktenberg wegen einer Reihe schwerer Soldatenmißhandlungen, welche die Selbstmorde von Soldaten mehr als veranlaßt erscheinen lassen, zu vier Monaten Gefängnis. Der Verteidiger des Metz, ein schweizerischer Lieutenant, Namens Mannich, erklärte, Metz habe seine Leute lediglich schneidig erregert, und die geringfügigen Thätlichkeiten lägen im Interesse des Dienstes. Nicht übel, Soldatenmißhandlungen schwerer Art — ein Mann mußte 17 Wochen in das Lazarett und blieb dauernd schwerhörig — als geringfügige im Interesse des Dienstes gelegene Thätlichkeiten hinzustellen! Wir wären neugierig, sagt die „Münchener freie Presse“, zu erfahren, wie der Herr Kriegsminister über die von der seinen bezüglich Soldatenmißhandlungen so weit abweichenden Auffassung des Herrn Lieutenants denkt; und ob er derselben nicht die entsprechende Korrektur zu teil werden zu lassen für nötig hält. Leider wurde Metz trotz 5 Verbrechen, 1 fortgesetzten Verbrechen nach 30 Vergehen der Mißhandlung Untergebenen nicht zur Degradation verurteilt; und kann also seine erzieherische Thätigkeit auf Kosten der Gesundheit der Söhne des Volkes weiter ausüben.

Deutschland.

Aus den „besseren Kreisen“. „Liberale“ Blätter sind lachend entsetzt über einen Vorgang, der sich nach der „Freisinnigen Zeitung“ in Königsberg 1. Nr. wie folgt abspielte hat:

„Im Vortage, einem bekannten Vergnügungsort der Gesellschaft der Brüderhalle am Schloßplatz, kam es aus Anlaß einer italienischen Nacht zu einem Wortwechsel zwischen einem Vorstandsmittglied und einem — nebenbei bemerkt ohne Eintrittskarte als Gast erschienenen — Regierungsauffessor. Der Regierungsauffessor ließ am folgenden Tage in einem formlosen Schreiben durch einen anderen Regierungsauffessor das Vorstandsmittglied zum Duell auf Pistolen fordern. Die Direktion des Vortages entzog hierauf dem Kartellträger die Eintrittskarte zum Vortage, indem sie in jenem Schreiben eine Erklärung ihres Mitgliedes und der Direktion selbst erließ. Nunmehr laubten unter Führung des Oberpräsidenten Grafen Wilhelm von Bismarck dreißig Mitglieder der Regierung, Affessoren und Referendare secundum ordinem, nach einem erfolglosen Briefwechsel mit der Direktion der Gesellschaft ihre Eintrittskarten zurück.

Die Gesellschaft wußte dieses Schicksal zu ertragen. Inzwischen verkehrten andere höhere Beamte und Offiziere mit ihren Familien noch wie vor im Vortage. Vor einigen Tagen aber ließ der kommandierende General durch den Stadtkommandanten den Vorsitzenden der Direktion auffordern, den Regierungsauffessor am Entschuldigung zu bitten, weil er eigenmächtig dem Kartellträger Regierungsauffessor v. S. die Einladung zum Vortage wieder abgefordert habe, anstatt es ihm zu überlassen, auf dem Disziplinarwege gegen diesen vorzugehen. Ferner solle die Direktion dem Affessor v. S. die Einladung wiedergeben, alsdann wolle der Herr Kommandierende seinen Einfluß geltend zu machen lassen, um Herrn v. S. zu veranlassen, wegen seines nicht ganz korrekten Benehmens gegen den herausgeforderten Direktor sich zu entschuldigen. Würde seinem Verlangen nicht binnen zwei Tagen entsprochen, so würde er durch Befehl den Offizieren verbieten, den Vortage zu besuchen, auch den Militärkapellen ferner nicht gestattet, im Garten zu konzertieren. Die Direktion der Brüderhalle hat auch das Verlangen des kommandierenden Generals zurückgewiesen.

Nunmehr hat der kommandierende General

den Offizieren den Besuch des Vortage garten verboten, sowie die Erlaubnis zurückgegeben, daß die Militärkapellen dort spielen dürfen.“

„Deutschlands jetziges Bürgerium“ verdient allerdings nicht, anders behandelt zu werden. Vielleicht nimmt sich das „Bürgerium“ diesen Vorgang zur Wehre — wir glauben aber nicht daran!

Propaganda für die Sozialdemokratie. Ein braves Demuziationsgenosse leidet sich den gegenbarischen „Rein-Weiß, Jg.“ gegen den Bürgermeister von Fischeln, wo sie vorwirft, er mache „Propaganda für die Sozialdemokratie“. Und worin liegt diese Propaganda? Man höre: Die Gemeinde Fischeln hatte vor einiger Zeit an Reichel auf Grund des Kommunalabgabengesetzes das Schulgeld gestellt, 18 000 M. zu ihren Armen- und Schulkindern beizutragen, da viele in Fischeln wohnhafte Weber in Reichel Fabriken beschäftigt seien. Reichel hatte diese Forderung ebenso wie später die Städte R.-Glabach und Rheyl, wo ähnliche Forderungen von Nachbargemeinden gestellt wurden, abgelehnt. Nunmehr sammelte der Bürgermeister Material, um zu beweisen, daß seine Ansprüche gerechtfertigt seien. Unter anderem schildert er die Verhältnisse der Weber in Fischeln wie folgt: „Ein Weber von Andobenen ist leicht zu erkennen: der Teint ist wachsern und die Augen fleischlos und dünn wie Rinderarme. Die Hände zart und weich, die ganze Gestalt immer mehr Gewandtheit als Kraft, der Mann ist ein Schwächling mit 50 Jahren verächtlich“, ein Schwächling mit 50 Jahren verächtlich, im Jahre 1872 in Kempten unter den Weibern der ersten Konfektion nur 15 Proz. tauglich waren; trumme Beine und Kälte zur Fuderfäule waren die häufigsten Ursachen. Das sind die erwaunten Weber! Und nicht einmal das Pferd im Winterleide wird geschont, denn auf das hatteele trifft daselbe der Schlag der Noth.“

Diese Schilderung soll „sozialdemokratisch“ sein. Ebenso soll sich der demuzierte Bürgermeister der Begründung der Sozialdemokratie durch folgenden Satz schuldig gemacht haben: „Jedes Dorf, welches hauptsächlich von Webern bewohnt wird, muß notwendig, wenn es noch nicht am Ende gekommen, die Sozialdemokratie an der Seite ein Teil der Kommunalisten für die zahlungsunfähige Arbeiterbevölkerung aufgebracht wird.“

Das Kohlenbaronsblatt verlangt, daß gegen den Bürgermeister „von der einen oder der anderen Seite“ vorgegangen werde. In der That, wenn hier von amtlicher Stelle das Weber-Velnd gelehrt wird, so könnte ja einmal von anderer amtlicher Stelle das Bergmanns-Velnd geschrieben werden! Dem muß vorgebeugt werden! Also weg mit dem Bürgermeister!

Eine Massenanklage. Herr Mohr-Bahrenfeld soll, wie das „Allgemeine Tageblatt“ schreibt, nicht weniger als 400 Zeitungen, die den bekannten Bormser Polizei-Bericht abdruckten, verklagt haben.

Was der „liberale“ Herr Mohr damit bezweckt, ist unklar. Seine Berichtigungen sind publiziert und wenn er in einem Falle eine gerichtliche Feststellung der Bormser Vorgänge herbeiführt, so müßte ihm das wohl genügen. Für einen „liberalen“ Abgeordneten ist es aber vielleicht würdiger, vierhundert Zeitungen zu verklagen.

Eine große Anzahl russischer Geheimpolitisten ist in Breslau eingetroffen, um sich schon jetzt für die Tage des Jahresbeschlusses zu informieren. Auch aus Berlin wird demnächst eine große Anzahl Kriminalbeamter eintreffen. Da wird sich der Jar wohl ganz heimlich fühlen.

Militaria. Lieber ein entlegenes Unglück, das sich gelegentlich einer militärischen Schießübung ereignete, meldet die „Ausburger Abendzeitung“ vom Lager Lechfeld folgendes: Aus bisher unaußgeklärter Ursache ging bei den Schießübungen des 1. Infanterie-Regiments am Freitag ein Geschütz schwerer Kalibers, nachdem es bereits vollkommen geladen, aber noch nicht gerichtet war, los. Das Geschütz drang in die Brustwehr der Batterie ein, explodierte und verlegte die gesamte Bedienung des Geschützes sehr schwer. Verrückte Hilfe war sofort anzuwenden zur Stelle. Ein Mann starb noch auf dem Transport nach dem Lazarett, vier Mann liegen daselbst schwer verwundet darnieder. Strenge Untersuchung über den Vorfall ist im Gange; es konnte jetzt schon von den Vorgesetzten festgestellt werden, daß die Bedienung keine Schuld trifft.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Gegen Genossen Tisch in Hofstadt war ein Verfahren anhängig wegen Majestätsbeleidigung, die er durch Verbreitung der Märzzeitung begangen haben sollte. Nachdem das Breslauer Landgericht in einer gleichem Sache auf Freisprechung erkannt hat, so man wohl ein, daß der Prozeß gegen Genossen Tisch kein anderes Resultat haben würde und stellte das Verfahren ein.

Frankreich. In Piller Generalrat, so meldet das „Verl. Tagebl.“, protestierten die Sozialisten Guesquieres und Denonay gegen eine dem Jarenpaare huldigende Ansprache des Generalrates. Es entstand ein Tumult. Der Vorsitzende konnte nur mühsam die Schlägerei verhindern. Der Generalrat des Departements Meers wählte als Geschenk für den Jaren ein nächen Vermagnon-Schnaps.

Spanien. Die republikanische Bewegung nimmt „aglich zu. Am 23. August wird aus Madrid gemeldet: In Barcelona nahm die Polizei in einer anarchistischen Trücker eine Anzahlung vor und verhaftete zwei Personen. In Valencia verhafteten Gruppen von Frauen gegen die Truppenbewegungen nach Cuba eine Hund-

gebung zu veranlassen; die Genbrücke in Katalonien zerstreuten die Menge und verhafteten 5 Frauen. Andere Frauen folgten den Festgenommenen und bewarfen die Polizeimannschaft mit Steinen. In Bunal wurden vierzehn R publikaner verhaftet. Infolge der Einbeden der Beschuldigung auf den Philippinen wurde hier noch zwei Industrielle, von denen ein Franzose ist, ein Arzt und der Sekretär in Spanisch-Philippinischer Klub verhaftet.

Die große Dreistigkeit meldet sodann, wo der offiziöse Draht: „Heute fand eine weitere Einschiffung von Truppen für Cuba unter großer Begeisterung der Bevölkerung statt.“ Diese Verlogenheit kann nur noch Heitere erwecken.

Das Anarchistengesetz ist von der Deputiertenkammer angenommen worden.

Holland.

Anarchisten-Verhaftungen. In Amsterdam wurde der bekannte anarchistische Schriftsteller Alexander Cohen verhaftet, der 1888 vom Richtshof in Haag wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Er flüchtete damals nach Paris, wo er in de Bourgeoisipresse die Sozialdemokratie bespottete. Nach dem Vollant-Antant flüchtete er nach London, wurde in Paris in contumaciam zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt, abgelehnt und nach freigesprochen, aber ausgetrieben. Seit vier Monaten war er wieder in Holland. Weiter wurde der Anarchist Reens wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und des König von Belgien verhaftet.

Türkei.

Konstantinopel, 23. August. Die Pforte hat den Boten mitgeteilt, daß sie eine direkte Intervention der Großmächte bezüglich Aretas wünsche. Alle Mächte nahmen die Mitteilung an. Heute fand eine Zusammenkunft der Boten statt, um die nötigen Schritte zu beraten.

Randia, 23. August. Western überseile ungefähr 3000 russländische zwanzig kleine, im Gesamt von etwa 300 Rußmohamedanern bewohnt. Von den Einwohnern wurden vier getötet. Die Aufständigen verbrannten auf ihrem Zuge 20 Dörfer und trieben gegen 1000 Stiere weg.

Afrika.

Buluwayo, 23. August. Nach einer langen Unterredung vereinbarte Rhodes die Uebergabe Bedingungen mit acht Hauptstämmen der russländischen in den Katoppbergen, sowie mit Nyanda und Bibi, den Brüdern Dohengula. Die abgeschlossenen Bedingungen sind noch nicht bekannt.

Amerika.

Washington, 22. August. Der Minister bei Jernern, Gode-Smith, hat seine Entlassung gegeben. Präsident Cleveland hat das Entlassungsgesuch angenommen. Der Sekretär wird der Ansicht Gode-Smiths zugesprochen, das Programm der Anhänger Bryan und Sewall zu unterstützen.

New York, 22. August. Wie die hiesigen Blätter melden, hat der Kapitän John D. O'Brien Philadelphia auf einem Dampfer — vermuht dem „Homard“ — mit der größten Unachtsamkeit verlassen, welche jemals nach Cuba verschifft wurde. Man glaubt, daß diese für die Freibeuter bestimmt sei.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse H. W. Friede, Tischler, ist in Hamburg gestorben. Friede war einer der Genossen, welche zur Zeit des Sozialistengesetzes mit in den bödersten Reihen standen. Er war Bezirksführer im zweiten Hamburger Wahlkreis: 1888 wurde er mit Ahlborn und Genossen verhaftet und mußte 4 1/2 Monate im Gefängnis verleben. Hinter Gefängniswänden, wohin er durch viele Eintritten für unsere Sache gekommen war, holte er sich den Reim zu der Krankheit, welche ihn jetzt ins Grab gebracht hat.

Soziale Ueberlicht.

Leipzig. Aus dem Pan von Ossialität in der Arbeiterklasse haben 88 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Grund dazu liegt in den Maßnahmen des Politzes gegen die Arbeiter.

Ein Partei Unrad will jetzt Dr. Quanz als Kandidat herausgeben, ein Zentralorgan der Gewerkschaften und hat sich zu diesem Zweck bereits mit dem Genossen Keller, dem Führer der Volksorganisation der Arbeiter, in Verbindung gesetzt. Als Vorstand für die Gründung dieses „Zentralorgans der Gewerkschaften“ führt Dr. Quanz an: „Damit wir nicht mehr auf die „Soziale Praxis“ angewiesen sind.“ Was hatten früher die Gewerkschaften mit diesem „sozial-liberalen“ Blatte zu thun? Siebzehn Gewerkschaften nicht eine ganze Reihe von Gewerkschaftsleitern, der „Borward“ und die „Reine Welt“ zur Verfügung? Warum also ein „eigenes“ Blatt gründen? Dieses würde nur etwa künstlichen Gegenstand sein der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie schaden. Der „Borward“ hat Recht, wenn er zu diesem „Blatt Unrad“ bemerkt: „... so wird bei Aufstellung seiner Verträge wohl die Hoffnung eines neuen Feldes für seinen Thätendrang mitbestimmend gewesen.“

Auf sämtlichen militär-sozialistischen Versammlungen in Spanien, den Parteien für die Plomierarbeit des Sozialismus, sind die Arbeiter in die Bewegung eingetreten. Manier und Zimmerer, die jetzt nicht unter 40 Proz. Stünde eintreten, fordern mindestens 42 St. In Madrid wird 28 St. 30 St. Jeder ein großer Zimmergehilfe. Ganz bei 2. Zahn, soll die Arbeit verweigert werden. Fünftels haben die Unternehmer die Verhandlungen verworfen.

Paris, 22. August. Die Generalversammlung des Verbandes sozialistischer Parteimitglieder hat beschlossen, die von der Arbeiterklasse angebotene Interaktion durchzuführen, jedoch nicht, die Kandidat auf Einigung im Arbeiterblock sofort damit gebunden-